

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 189

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: 7 Million Mark freibleibend.
— Einzelnummer 150000 Mark. —

Halver

Dienstag, den 25. September 1923

Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl.
Anzeigenpreis pro 20 Mr., Anzeigen für Behörden, Finanz-
angelegenheiten und auswärtige Anzeigen 30 Mr.; Restanten 60 Mr.
Schlüsselzahl 1: 30. 80000.
Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder werden Anfang dieser Woche mit dem Reichskabinett in Berlin über die Ruhrpolitik beraten.

* Die bevorstehende Entscheidung der Reichsregierung über den passiven Widerstand soll im Einvernehmen mit den Vertretern der besetzten Gebiete getroffen werden.

* Ein Gesetzentwurf des Finanzministeriums sieht die Gründung einer Währungsbank und die Einführung einer sogenannten „Bodenmark“ vor.

* Der Reichswirtschaftsminister hat gegen die geplante 30-prozentige Erhöhung der Kohlenpreise Einspruch erhoben.

* Am 25. September tritt abermals eine Verdoppelung der Eisenbahntarife in Kraft.

Währungsbank — Bodenmark.

Wenige Tage, nachdem Dr. Stresemann Reichskanzler geworden war, entwickelte der deutschnationalistische Abgeordnete Dr. Gelferich in einer Besprechung zwischen ihm und dem neuen Reichsfinanzminister den Plan zu einer Währungsanierung, dem in den nun folgenden fünf Wochen noch eine ganze Reihe andere gefolgt sind, ohne daß es gelang, etwas Bestimmtes zustande zu bringen. Jetzt endlich — man kann wohl sagen fünf Minuten vor 12 — hat man regierungsseitig einen neuen Plan ausgearbeitet, der eigentlich aus jedem jener anderen Pläne ein Stückchen entnimmt und zu einer Form zusammenfaßt, über deren Bewährung erst die Zukunft, hoffentlich aber eine nahe Zukunft entscheiden wird.

Über einstimmend enthielten jene Pläne den Vorschlag, daß die Bank, die mit der Sanierung beauftragt werden sollte, unumgänglich die Reichsbank sein könne. Demgemäß sieht der neue Gesetzentwurf die Schaffung einer Währungsbank vor, die von den wirtschaftlichen Berufsständen, also Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel und Banken eingerichtet werden soll. Die Heranziehung des städtischen Grundbesitzes ist eine Frage, die mit dem Abbau oder der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete zusammenhängt. Die Bank ist selbstständig in Geschäftsführung und Verwaltung, abgesehen davon, daß ihr Präsident von der Reichsregierung bestätigt werden muß; außerdem ist die Währungsbank steuerfrei.

Das Kapital der Bank soll nun 2400 Millionen „Bodenmark“ betragen und zwar wird es zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft einerseits und von den anderen Wirtschaftszweigen andererseits aufgebracht. In der Art der Aufbringung liegt die Erklärung für den Namen, der von der Bank demnächst herausgegebenen Zahlungsmittel. Sämtliche land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke werden nämlich mit einer Grundschuld zugunsten der Bank belastet in Höhe von 3 % der Wehrbeiträge und zwar natürlich in Goldmark. Zins- und Amortisationsquote dieser Hypothek beträgt 6 %. Werden von dem Hypothekenschuldner diese 6 % der Grundschuld nicht abgeführt, so verfällt das Grundstück auf Antrag der Währungsbank der Zwangsvollstreckung. Auch bei den industriellen und anderen Betrieben ist die Absicht der Bodenbelastung soweit wie möglich durchgeführt, indem die Währungsbank auch dort eine Grundschuld erwirbt, wenn der Unternehmer auch Eigentümer eines dem Betriebe dienenden Grundstücks ist. Andernfalls hat der Unternehmer der Währungsbank eine Schuldverschreibung auf Goldmark lautend auszuhandigen, kann sich aber von dieser Belastung durch eine Leistung von Gold oder Devisen sofort befreien.

Das wesentlichste bei allen Währungsanierungsplänen ist immer die Frage der Garantie gewesen. In der Diskussion der letzten Tage ist auf das warnende Beispiel der gleichfalls auf Hypotheken sich aufbauenden Schuldverschreibungen der französischen Revolutionsfinanzan aus dem Jahre 1794 hingewiesen worden, jenen „Mandats territoriaux“, die trotzdem die schließliche finanzielle Bankrottserklärung der französischen Währung nicht haben verhindern können. Dieser Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß einmal natürlich diese deutsche Hypothekenschuld vor allen anderen Grundstücks- und Unternehmungsbelastungen rangiert, daß aber andererseits nun die Kapitalien der Währungsbank nicht ins unendliche heraufgesetzt werden und damit eine neue Papierflut zu der alten kommt. Bekanntlich hat nun aber auch das deutsche Reich Frankreich gegenüber eine Belastung seiner Wirtschaft zum Zwecke der Reparationszahlungen zugesagt, die gleichfalls an erster Stelle stehen soll. Ihr hat die Grundschuld für die Währungsbank zu weichen, jedoch nicht über 12 1/2 % des Wehrbeitrages.

Auf Grund des Bankkapitals von 2,4 Milliarden werden Rentenbriefe ausgestellt, die auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon lauten und mit 5 % verzinst werden. Diese stellen nun die banktechnische Deckung für die eigentliche Bodenmark dar; für jeden Rentenbrief darf aber nur die genaue entsprechende Zahl von Bodenmark ausgegeben werden. Diese Bodenmark muß also jederzeit gegen Rentenbrief einlöslich sein; außerdem ist sie, um sie zu einem handlichsen Zahlungsmittel zu gestalten, in hundert Bodenpfennige eingeteilt, und sie entspricht dem Wert von 0,358 Gramm Feingold.

Die Aufgabe der Bank ist eine Übergangsmaßnahme. Immer ist mit Recht betont worden, daß sich eine wirkliche Währungsanierung nur ermöglichen läßt, wenn auch der Reichetat balanciert wird. Zu diesem Zweck stellt die neue Währungsbank dem Reiche neue, auf Bodenmark lautende und in Goldmark verzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrage von zwei Milliarden zur Verfügung, und zwar sofort 300 Millionen. Diese letzteren sollen nun dazu dienen, die bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen des Reiches einzulösen. Auf Grund dieser Reichsschatzanweisungen hat die Reichsbank unter

Papiergeld ausgegeben, und sie ist verpflichtet, nun mit Hilfe der ihr zufließenden Summe von 300 Millionen Bodenmark eine möglichst große Summe des Notenumlaufes einzulösen. Um die darauf einsetzende Spekulation mit der Papiermark sofort zu verhindern, wird von der Regierung im Einvernehmen mit der Reichsbank und der Währungsbank bestimmt, in welchem Verhältnis die Einlösung der Papiermark gegen die Bodenmark zu erfolgen hat, also wie viel Papiermark für eine Bodenmark zu zahlen sind. Gegebenenfalls wird übrigens der Dreihundert-Millionen-Kredit noch erhöht. Gesetzliches Zahlungsmittel ist ab 500 Bodenmark dieses neue Zahlungsmittel, dagegen bei Beträgen bis zu dieser Summe die Reichsbanknote oder ein Ersatzzahlungsmittel dafür.

Das praktische Nebeneinander von Devisen-, Bodenmark- und Papiermarkzahlung erschwert die währungs-politische Situation zweifellos ganz außerordentlich. Vielleicht wird sie dadurch etwas vereinfacht, daß auch im Auslande die neue Bodenmark als Zahlungsmittel angenommen wird und damit Devisen für den wirtschaftlichen Bedarf des Reiches und der Privatwirtschaft flüssig macht. Gewiß ist das Ganze ein Experiment, aber wir sind nachgerade in einer Lage, die uns zwingt, nicht mehr zu überlegen, wie etwas geschehen soll, was uns aus unserer Währungsnotlage rettet, sondern uns nur blindlings entschließen müssen, daß überhaupt etwas geschieht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Minister Brauns über die Ruhrunterstützungen.

Reichsarbeitsminister Brauns erklärte einem Vertreter der Zeitung Der Deutsche zu der Frage der Erwerbslosenunterstützung im Ruhrgebiet: Gegeben wurden im allgemeinen zwei Drittel der Löhne. Sollte man vielleicht weniger geben? Weiße Kreise waren sogar der Meinung, daß im Gegenteil mehr hätte gewährt werden müssen. Mißbräuche sind im besetzten Gebiet zweifellos vorgekommen. Aber warum? Die Franzosen haben nichts unterlassen, den Behörden der Länder und Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben zu vereiteln. Ganz allgemein ist auf größere Expanst mit den schärfsten Mitteln, schließlich mit einer rücksichtslosen Beschneidung der angeforderten Beträge vorgegangen worden. Zum Schluß wandte sich der Minister gegen eine abfällige Gesamtbeurteilung des Ruhrabwehrkampfes, über den die künftige Geschichte, „vorrteilsfrei und gerechter urteilen werde, als eine schwächliche oder eng beschränkte taktische Einstellung auf die Not des Augenblicks“.

Der geplante Beamtenabbau.

Über die Maßnahmen zur Durchführung eines planmäßigen Beamtenabbaues wird u. a. berichtet, daß die Reichsregierung bezüglich der Verminderung des Beamtenkörpers noch keinerlei Beschlüsse gefaßt hat. An erster Stelle in Aussicht genommen ist die Pensionierung aller über 65 Jahre alter Beamten. Ferner ist vorgesehen, daß Beamte, die das 60. Lebensjahr erreicht haben, auf ihren Antrag hin in den Ruhestand versetzt werden können, auch wenn Dienstunfähigkeit nicht nachgewiesen werden kann. Besonders wichtig ist ein Artikel, der sich mit der Versetzung entbehrlicher Reichsbeamten in den einstweiligen Ruhestand beschäftigt, sowie die Bestimmungen über die Absetzung der auf Privatdienstvertrag angestellten Beamten. Für Länder und Gemeinden sollen die gleichen Richtlinien wie für das Reich gelten.

Krankentassenbeiträge nach dem Index.

Die Not der Krankentassen beschäftigte den sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages. Der Reichsarbeitsminister soll ersucht werden, den Krankentassenvorständen die Ermächtigung zu einer Satzungsbestimmung zu erteilen, daß die Beiträge nach der für die Zahlungswoche maßgebenden Reichsrichtzahl zu leisten sind. — Angenommen wurde auch eine Entschärfung, wonach die Verordnung über den Grundlohn in der Krankenversicherung so zu ändern ist, daß der Rassenvorstand für den Grundlohn den vollen Entgelt berücksichtigen kann.

Einziehung des „wilden Rotgelbes“.

Durch den letzten Marksturz und das Anschwellen der Preise und Löhne ist ein Mangel an Reichsbanknoten und anderen gesetzlichen Zahlungsmitteln eingetreten. Neben dem gesetzlich zugelassenen Rotgeld ist auch von zahlreichen Stellen Rotgeld ohne jede Genehmigung ausgegeben worden, wobei die von der Behörde verlangten Sicherheitsmaßnahmen nicht getroffen worden sind. Gegen dieses wilde Rotgeld wird mit aller Schärfe vorgegangen. Es wird unumgänglich seine schleunige Einziehung verlangt und nötigenfalls mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln erzwungen werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Altestenausschuss des Reichstages ist zu nächsten Mittwoch, 26. September, einberufen worden, um die geschäftlichen Dispositionen für die Septembertagung des Reichstages zu treffen.

Berlin. Im Haushaltsausschuss des Reichstages erklärte Ministerialdirektor von Schlieben, daß den Beamten am 1. Oktober ihre Bezüge für den ganzen Monat Oktober ausbezahlt würden, die ihnen am 30. September zuständen.

Berlin. Dem Preussischen Landtag ist ein Antrag der Koalitionsparteien zugegangen, wonach für die preussischen Gemeindegewählten der äußerste Termin vom 30. September 1923 auf den 2. März 1924 verschoben werden soll.

Berlin. Die königlich-bulgarianische Gesandtschaft ist in der Lage, die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte über Unruhen und eine Bauernrevolution in Bulgarien auf das kategorischste zu dementieren.

Amsterdam. Der Königin Wilhelmina wurde als Geschenk der Nation zu ihrem 25jährigen Regierungsjubiläum die mit vom ganzen Volke gespendeten Gelde restaurierte neue Kirche in Delft übergeben, in der sich die Grabmäler der Fürsten von Oranien befinden.

Rom. Die Italiener haben mit der Räumung von Korfu bereits begonnen. Große Mengen Artillerie und Munition sind schon eingeschifft worden.

Vor schweren Entscheidungen.

Die Ministerpräsidenten nach Berlin berufen.

Die nächsten Tage werden für das Reichskabinett eine Reihe äußerst schwerwiegender Entscheidungen bringen. Es handelt sich um die Frage:

Ruhrpolitik und passiver Widerstand.

Man wird zu beschließen haben, unter welchen Voraussetzungen der passive Widerstand eingefstellt und Verhandlungen mit Frankreich über die Ruhrfrage begonnen werden können. Die Meinung der Reichsregierung ist bekannt, aber sie will ihre Entschlüsse nur im Einvernehmen mit den Vertretern der Länder und vor allem des besetzten Gebietes selbst treffen. Deshalb werden am Montag oder Dienstag in Berlin die Ministerpräsidenten der deutschen Länder zu einer Besprechung mit dem Reichskabinett zusammentreten, an der auch Vertreter der besetzten Gebiete teilnehmen werden. Es wird dabei der Stand des Ruhrkonflikts im Mittelpunkt der Erörterungen stehen, und es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler Veranlassung nehmen wird, den tatsächlichen Stand der Dinge darzulegen. An maßgebender Stelle in Berlin ist man überzeugt, daß auch in Frankreich keine verantwortungsvolle Meinung nach einer anderen Richtung gehen kann als dahin, daß ohne die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die besetzten Gebiete, des normalen Rechtszustandes und der Arbeitsfreiheit eine Wiederkehr der vollen früheren produktiven Tätigkeit im Ruhrgebiet nicht möglich sein würde.

So wird unter keinen Umständen die Entscheidung eine Kapitulation bedeuten, die das Rheinland und das Ruhrgebiet aufgeben würde.

Die Bemühungen des Kabinetts Stresemann, eine tragbare Form für die Beilegung des Ruhrkonflikts zu finden, haben bei Poincaré bisher nicht die vernünftige Anerkennung gefunden, die man hätte erwarten können. Er hat die deutsche Regierung zuletzt recht offiziell wissen lassen, daß er zu Verhandlungen nur unter der Voraussetzung eines vorübergehenden förmlichen Verzichts auf den passiven Widerstand bereit sei, und damit die Schritte durchkreuzt, die von den verschiedensten und zweifellos beiden Seiten wohlmeinenden Stellen unternommen worden sind. Neben den mehr formellen und dadurch zu Mißerfolg verurteilten Bemühungen laufen freilich die Besprechungen weiter, die auf direktem Wege Fäden zur Verständigung anspinnen hatten, so daß von einem Abbruch der Besprechungen nicht gesprochen werden kann.

Stresemann für die Verständigung.

Reichskanzler Dr. Stresemann hat dem Vertreter der „Nationalen“ in Berlin gegenüber erklärt, daß er für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich arbeiten wolle. Deutschland sei bereit, alle produktiven Pfänder zu geben, die ihm zur Verfügung ständen. Das endgültige Ziel sei, Deutschland zur Freiheit zu führen. Nach Deutschlands nächster Zukunft befragt, erklärte der Reichskanzler: „Wir sind ein zerrüttetes Land, ein bedrücktes Volk, aber kein zusammengebrochenes Volk. Gebeugt, aber nicht gebrochen, warten wir der Zukunft.“

Deutschland und der Völkerbund.

Teilnahme am Garantiepakt.

Der aufsehenerregende Beschluß der dritten Völkerbunds-kommission, die Beteiligung Deutschlands am allgemeinen Schutzpakt vorzuschlagen, wird wenig erörtert. In den Kreisen des Quai d'Orsay scheint man den Beschluß nicht „tragisch“ zu nehmen. Man bemerkt, Frankreich habe versucht, den nach seiner Ansicht „verfrähten“ Beschluß zu verhindern, aber die Mehrheit der Kommission habe eben anders verfügt. Das „Echo de Paris“ behauptet, daß es Deutschland nunmehr freistünde, durch eine Seitentür, ohne Erfüllung der in der Völkerbundsakte genannten Bedingungen, in den Bund einzutreten. Das Blatt sagt weiter, der Beschluß der Kommission laufe darauf hinaus, daß künftig im Falle einer Angriffsgefahr von seiten Deutschlands jedes Sonderbündnis zum Schutze Frankreichs wertlos wäre. Frankreich würde also, falls der Beschluß der 3. Kommission von der Vollversammlung angenommen werde, die Sicherheit seiner Grenzen ohne Rücksicht auf Völkerbund und Schutzbündnis „auf anderen Fundamenten begründen müssen“.

Sicherstellung der Volksernährung.

Teilweise Aufrechterhaltung der Brotrationierung.

Im Unterausschuss für Landwirtschaft und Ernährung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats wurde die allgemeine Ernährungslage besprochen. Ein Vertreter des Ernährungsministers führte aus, daß die diesjährige Ernte auf 10 Millionen Tonnen geschätzt werden könne. Er fuhr dann fort: Die Bewegungsmöglichkeit der Getreidemengen ist aber nicht gegeben, weil der Bauer im allgemeinen nur soweit verkauft, als er den Erlös sofort wieder zu Steuer-, Lohnzahlung usw. verwenden kann. Es ist deshalb zu befürchten, daß trotz günstiger Ernte, wenn am 15. Oktober die Marktenversorgung aufhört, große Unsicherheit und Störung in der Brotver-

jorgung eintreten. Das Kabinett hat deshalb eine Vorlage angenommen, in der vorgesehen ist:

1. Verstärkung der von der Reichsgetreidekasse zu erwerbenden Brotgetreidemengen auf 2-2½ Millionen Tonnen, 2. Möglichkeit der Fortführung der Markenbrotversorgung in den Gebieten, wo die politische und wirtschaftliche Lage es unbedingt erfordert, 3. Wegfall der öffentlichen Getreideablieferung in den Kommunalverbänden, in denen die Brotversorgung durch eigene Ernte ausreichend gesichert erscheint, 4. Antragsrecht für die übrigen Kommunalverbände auf unmittelbare Lieferung von Getreide an ihre Mühlen zum Tagespreis. In solche Mühlen kann auf Antrag von der Reichsgetreidekasse bis zu drei Viertel der bisherigen Ration geliefert werden.

Die Aufbringung des Getreidevorrats muß in der Hauptsache durch freien Ankauf im Lande erfolgen. Um die Kartoffeln dem Verbrauch zuzuführen, ist nach dem Vorbild der Getreidekreditbanken eine Kartoffelkreditbank gegründet worden. Die Wagengestellung für Kartoffeln genügt den Anforderungen.

Die Fettversorgung

wurde durch die Markverschlechterung stark in Mitleidenchaft gezogen. Die Versorgung der Bevölkerung ist aber zum mindesten für 12 Wochen gesichert. Falls eine volle Devisenzuteilung erfolgt, ist es möglich, wöchentlich 5 bis 6000 Tonnen Margarine und 1250 Tonnen Schmalz in den Konsum zu bringen. Der Bedarf an Butter konnte nicht gedeckt werden. Ein Entwurf einer Verordnung über die Zuderversorgung

im Wirtschaftsjahr 1923-24 sieht grundsätzlich eine freie Bewirtschaftung vor, vorbehaltlich der Sicherung einer angemessenen Mundzudemenge für den späteren Teil des Wirtschaftsjahres. Das soll durch eine Rücklage der zudererzeugenden Fabriken, durch eine Konzessionierung und Kontingierung bestimmter großer zuderverbrauchender Industrien und eine besondere Großhandels-erlaubnis geschehen.

Abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife

Vom 25. September ab.

Nachdem die letzte Steigerung der Eisenbahntarife am 18. September kaum in Kraft getreten ist, wird abermalig eine weitere gewaltige Erhöhung durch die Eisenbahnverwaltung bekanntgemacht. Wie üblich wird auch jetzt die Maßnahme mit der fortgeschrittenen Teuerung für Rohstoffe, Materialien und den sonstigen auf der Reichsbahn ruhenden Ausgaben begründet, während die Löhne diesmal nicht besonders angeführt werden.

Die Eisenbahntarife werden von Dienstag, dem 25. September ab, mehr als verdoppelt. Die Schlüsselzahl für die Berechnung der Güterfrachtfakten beträgt von diesem Tage ab 36 Millionen; die Schlüsselzahl für die Tarife im Personenverkehr beträgt 20 Millionen.

Die Preise werden auf die Berechnung von 6 Kilometer (bisher 4 Kilometer) herabgesetzt. Der Mindestgrundpreis in der 4. Klasse wird von 20 Pfg. auf 15 Pfg. herabgesetzt. Die viertägige Gültigkeit der vorgelassenen Fahrtausweise wird beibehalten. Der einzelne Kilometer kostet danach von Dienstag an in vierter Klasse 440 000 Mark, in dritter Klasse 660 000 Mark, in zweiter Klasse 1 980 000 Mark und in erster Klasse 3 960 000 Mark. Die am Montag zum alten Tarif gelassenen Fahrkarten gelten bis Donnerstag 12 Uhr nachts.

Bis zum 18. September betrug die Schlüsselzahl für Personenverkehr 1,5 Millionen, für Güterverkehr 4,5 Millionen. Sie wurde dann auf 9 Millionen für Personen, auf 18 Millionen für Güter heraufgesetzt, wobei noch zu bemerken ist, daß die Grundzahlen für Güterverkehr außerdem um 100 % höher bemessen wurden. Jetzt werden also die Personentarife mit einem Multiplikator von 20 statt 9 Millionen, die Gütertarife mit 36 statt 18 Millionen berechnet. Zweifellos wird diese neue Belastung wieder ein erhebliches Steigen der Lebensmittelpreise veranlassen.

Erneute Erhöhung

der Kohlenpreise geplant.

Einspruch des Reichswirtschaftsministers.

Dem Vernehmen nach wurde am Sonnabend in der gemeinsamen Sitzung der Organe der Kohlewirtschaft zu Berlin beschlossen, den Zuschlag auf die seit dem 17. d. M. geltenden (Gold-)Kohlenpreise auf rund 30 % für die

Steinkohle unter Voraussetzung der Zustimmung des Reichswirtschaftsministers zu bemessen. Für den Braunkohlenbergbau sind die Zuschläge noch nicht festgesetzt worden, und zwar deshalb, weil die Lohnverhandlungen auf diesem Gebiete noch nicht abgeschlossen sind.

Dazu wird von sachverständiger Seite mitgeteilt, daß sich zurzeit der Preis für englische Förderkohle in Hamburg auf etwa 650 bis 700 Millionen Mark gegenüber 900 Millionen für deutsche Förderkohle stellt. In dem Preis, den die kohlenspezifischen Organe als Höchstpreis festsetzen, sind 15 % für angebliche frühere Verluste der Syndikatsmitglieder, ferner 5 % Betriebs-(Lohn-)steuer enthalten, die nach den Absichten des Reichsfinanzministeriums nicht von dem Ertrage der Unternehmungen, sondern aus ihrer Substanz entnommen werden sollen. Wie es heißt, hat der Reichswirtschaftsminister gegen die geplante Erhöhung einen vorläufigen Einspruch eingelegt.

Die Sanktionen für Essen.

Stellungnahme der Reichsregierung.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, ist der Stadt Essen ein Befehl zugegangen, nach welchem General Jacques wegen des angeblichen Sabotageaktes auf der Bahnstrecke Mittenheid-Heissen-Mülheim vom 22. September, 6 Uhr morgens, ab für acht Tage in den Kreisen Essen-Stadt und -Land und für vier Tage in den übrigen, der 77. Division unterstellten Gebieten den Verkehr der Straßenbahnen verboten wird. Ferner wird jeder Verkehr von Lastkraftwagen verboten, mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel und Medikamente befördern, sowie der Verkehr von Personenkraftwagen und Fahrrädern, mit Ausnahme derjenigen, denen Erlaubnisscheine ausgestellt sind. Diese Maßnahme bedeutet die Unterbrechung sämtlicher Verbindungen aus Essen nach den andern Städten und eine sehr starke Beschränkung des Verkehrs in der inneren Stadt.

Die Reichsregierung läßt mitteilen, wenn die Nachrichten über das Sprengattentat sich bewahrheiten und Deutsche daran beteiligt sind, so bestünde kein Zweifel, daß die Reichsregierung dieses Attentat, ebenso wie in früheren Fällen, verurteilt und bereit ist, bei Ausföhrung des Tatbestandes mitzuwirken.

Neue Geldbräunereien.

In Kaiserlautern erschien in der Kammergarnspinnerei ein französischer Kriminalbeamter und verlangte die Öffnung des Tresors. Er nahm die Summe von 350 Millionen Mark mit. Ferner nahmen französische Kriminalbeamte mehrere Postboten der Ruhrpostämter Beträge von 280 Millionen weg und beschlagnahmten von einem vor dem Kreisbause haltenden Wagen 1,8 Millionen Reichsmark des Landkreises.

Die rheinische Notgeldverordnung.

Die Rheinlandkommission hat, wie Savas aus Koblenz meldet, die seit langer Zeit erwartete Notgeldverordnung genehmigt, die sofort in Kraft tritt. In der Verordnung wird behauptet, daß die regellose Ausgabe von Notgeld durch Gemeinden, Banken, Industriekreise und sogar durch Privatpersonen die Interessen der Befugungsarmee und der Rheinlandkommission gefährde.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 25. September 1923.

In eigener Sache.

Die Schwere der Zeit findet kräftigen Ausdruck in den Unterhaltungen und Gesprächen, denen man überall lauschen kann. Meist hört man da ein Klagen und Jammern, ein Schelten und Schimpfen über große und kleine Unzuträglichkeiten des täglichen Lebens.

So klagt die Hausfrau über die hohen Preise, die täglich weiter in die Höhe schnellen und bedenklich nicht, daß der kleine Händler an den hohen Preisen nicht so schuldig ist, wie man es im ersten Augenblick annehmen sollte.

Am meisten wird aber gebrummt, wenn neben allem anderen auch die Zeitungen ihre Preise den Bedürfnissen des Tages halbwegs anzupassen suchen. Das liegt nicht so sehr daran, daß man die schwierige Lage der Zeitungsbetriebe nicht einsieht, sondern darin, daß man die Bedeutung der Presse überhaupt verkennet und ihre Arbeit unterschätzt. Es sei uns heute deshalb gestattet, einmal in eigener Sache zu sprechen. Wir wollen diesmal nur

flüchtig daran erinnern, daß die aufreibende Hast, mit der die Zeitung täglich fertiggestellt wird, Nervenbündel kostet, und welcher ungeheurer finanzieller Aufwand damit verbunden ist. Wir wollen heute in erster Linie von den Anforderungen reden, die der Durchschnittsleser an sein Leseblatt zu stellen pflegt, und die recht oft doch ein bißchen sehr weit gehen.

Da sind gar viele Einsender, die unter „Eingefandt“ meist rein persönliche Angelegenheiten zum Austrag bringen wollen. Diese Leute sind empört und entrüstet, wenn ihr „Eingefandt“ entweder überhaupt nicht Aufnahme findet oder in einer Weise abgedruckt wird, daß gerade „die schönsten und treffendsten Ausdrücke“ ausgemerzt sind. Sie bedenken nicht die unliebsamen Folgen, die der verantwortliche Schriftleiter vielfach allein auszufressen hat, wenn's vor den Rastri geht. Dann schweigen bei manchem Einsender alle Klagen, und er hört und sieht am liebsten gar nichts mehr von der ganzen Angelegenheit, die ihm vorher so gewichtig erschien. Solche Einsender müssen schon dem Redakteur mit seiner reichen Erfahrung das bessere Urteil darüber zutrauen, was zum Abdruck taugt und was nicht.

Weiter verlangen unsere Vereine oft Unmögliches von der Zeitung. Selbstverständlich sind auch sie auf tiefste gekränkt, wenn die Berichte über Vereinsversammlungen u. dergl. nicht ungekürzt zum Abdruck gelangen. Sie glauben natürlich, daß alles, was vorgebracht wird, von ungeheurem Interesse für die gesamte Bürgererschaft und das umliegende Weltall ist, und sind tief gekränkt, wenn die Presse das Recht für sich in Anspruch nimmt, zu entscheiden, was für die Öffentlichkeit geeignet ist.

Aber die Vereine gehen auch noch weiter. Sie möchten die Presse überall dabei haben. Wenn Gesangs- und Konzertvereine, sowie ähnliche Einrichtungen diesen Wunsch haben, so ist das berechtigt. Denn bei ihnen soll die Presse sachgemäß Kritik üben, und zu diesem Zweck wird auch stets gern ein Vertreter entsandt. Auch wenn andere Vereine größere Festlichkeiten, wie z. B. ein Gaudiumfest oder einen Gelangeweltstreit veranstalten, an dem ein großer Teil der Bevölkerung regen Anteil nimmt, so ist hier eine Berichterstattung wohl am Platze. Aber wenn irgend ein Verein bunten Abend feiert, dann ist es doch wohl nicht unbedingt erforderlich, daß ein Vertreter der Presse nach aufreibendem Tagesdienst sich nun auch um diese welterschütternde Begebenheit bemüht. Da muß sich schon der Schriftführer zu ein paar Zeilen begnügen, wenn die Veranstaltung es einigermaßen rechtfertigt.

Gegenüber solchen Ansprüchen an die Presse steht das Verhalten zu den Pressevertretern im Widerspruch. Nachdem vielfach von ihm noch ein Eintrittsgeld verlangt worden ist, kann er suchen, um irgendwo ein Unterkommen zu finden. Doch wohl am liebsten ist er dran, wenn die Kritik nicht voll und ganz die Zustimmung des Vereins findet. Dann wird geschimpft und geschlucht, und nicht selten kommt es vor, daß man zur Redaktion läuft und dort seine Wut ausläßt.

Ganz anders müßte das Verhältnis zwischen Publikum und Presse sein. Ersteres sollte sich klar machen, daß der Beruf des Zeitungsmenschen ganz außerordentlich anstrengend ist, daß seine vielseitige Beschäftigung mit allen öffentlichen Angelegenheiten die Nerven aufs äußerste in Anspruch nimmt. Darum, liebes Publikum, ein wenig mehr Verständnis für die Arbeit und die Bedeutung der Presse, und wenn mal was nicht paßt, bitte, nicht gleich schimpfen und schelten!

Die größten Anforderungen hat aber stets die Behörde an die Presse gestellt. In früheren Jahren, als von der Presse die amtlichen Bekanntmachungen für ein geringes Entgelt oder vielfach gratis aufgenommen wurden, da hagelte es nur so von Bekanntmachungen. Jeder an der Behörde fabrizierte solche und schickte sie der Geschäftsstelle zu mit dem Bemerkten: „Unbedingt heute noch.“ Wie hat sich das aber, nachdem die Presse nicht mehr umsonst arbeiten konnte und eine Bezahlung verlangen mußte, geändert. Plötzlich stellte die Behörde fest, daß doch manches einer Veröffentlichung durch die Presse nicht bedurfte. Und so fing man sofort an zu stoppen

erte in Deutschland. Ich habe nämlich noch ein anderes Stückenpferd. Kennen Sie Guarana?

„Ich bedaure.“

„Wissen Sie, was das ist? Das Getränk der Zukunft, das Kaffee und Kakao verdrängen wird. Heute ist es Volksgetränk in Bolivien und Matto Grosso, aber noch wird es nicht kultiviert. Kommen Sie mit auf meine Farm und sehen Sie selbst. Es ist nahrhaft, stärkt die Verdauung, regt den Appetit an und schmeckt vorzüglich. Es hat jeden Vorzug des Kaffees ohne seine Schädlichkeit. Es ist das Getränk der Zukunft.“

„Ich werde sehr gern Ihrer Einladung folgen.“

„Freilich, Sie müssen vorlieb nehmen, denn meine Frau und ihr Bruder sind im Begriff, nach dem Norden zu gehen. Durch den plötzlichen Tod meines, mir allerdings seit Jahrzehnten entfremdeten Bruders ist mir dort ein großer Besitz zugefallen, aber ich habe keine Lust, Rio zu verlassen und meine Pläne mit dem Guarana.“

Darum geht mein Schwager hinauf und meine Frau übernimmt statt meiner die Farm und wird einige Monate fort bleiben. So wird es ein Junggesellenheim, in das ich Sie führe, wenigstens bis mein kleines Schwesterchen heimkehrt.“

Herr Rigueira mischte sich ein.

„Erwarten Sie Donna Minudita?“

„Ich denke, recht bald. Sie wissen, wir, oder besser Donna Anna haben den Wunsch, daß Sie meinen Schwager Nilo heiraten. Dann könnten die beiden droben im Norden die Fazenda übernehmen und ich bleibe hier.“

Herr Rigueira lachte.

„Don Nilo und Sennorita Minudita?“

Seht lachte auch Hieronimo.

„Paßt besser, der große Mann und die kleine Frau, als umgekehrt.“

Herr Rigueira tat, als würde er böse.

„Soll das eine Anspielung sein? Haben Sie je ein glücklicheres Paar gesehen als Donna Elena und mich?“

„Aber gewiß nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Die launische Sennorita

Roman von Otfried von Hanstein.

34) Nachdruck verboten

„Wissen Sie, was das ist? Aus Kakaofrüchtmasse! Das will ja auch Don Alvarez jetzt machen!“

Wie Gerhard sich an diesem Abend zum ersten Male im Hotel Avenida zur Ruhe legte, hatte er einen schönen Abend verbracht und doch wollte ihm der Schlaf nicht kommen, denn er dachte an die Fazenda Santa Maria! Die kommenden Tage vergingen ihm einsam. Zwar hatte Herr Rigueira ihm gesagt, daß sein Haus ihm offenstehe, aber — er war nervös. Er lebte wie ein reicher Mann — das Hotel war vorzüglich — die Stadt voller interessanter Dinge — aber — er hatte fast ein böses Gewissen. Er verbrachte müßige Tage auf der Fazendakosten!

Dann kam ein Brief von der Farm.

„Das Telegramm, das Ihre Ankunft meldete, erhalten. Bleiben Sie ruhig in Rio — das weitere wird sich finden.“

Am liebsten hätte er eine Beschäftigung gesucht, aber — er mußte ja warten! Er nutzte die Zeit, Portugiesisch zu lernen und die Brasilianer zu studieren. Und dann kam ein Brief aus Europa. Der Onkel schrieb — sehr freundlich und voller Anerkennung. Er griff den Gedanken lebhaft auf — jetzt kam eine Zeit der Arbeit. Die Offerten der Maschinenfabriken wurden geprüft — es galt zu den Behörden zu gehen, mit der Regierung zu verhandeln — Telegramme und Briefe flogen zwischen Rio und Santa Maria, Briefe kamen mit jedem Schiff. In den Briefen, die Gerhard abhandelte, war jedesmal der Schlusssatz: „Ergebenste und dankbarste Empfehlung an Sennorita Juanita“, und jeder Brief des Fazenderos endete: „Donna Juanita dankt für den freundlichen Gruß.“

Somit kein Wort und er — er schalt sich un dankbar, aber Donna Juanita war wie ein schwüler Traum. Er fühlte, daß er sie nie geliebt hatte — er fühlte, daß er richtig gehandelt, daß er ein unehrliches Spiel getrieben hätte, wenn er sich für die Aussicht, in die Fazenda einzukuppeln, verkauft hätte — und doch schlug sein Gewissen — er war eine zu ehrliche Natur, als daß es ihn nicht bedrückte hätte, daß Juanita nun kompromittiert war durch ihre so offen eingestandene Liebel! Und er dachte auch daran, daß er nach einigen Monaten zurückkehren sollte auf die Fazenda, daß er hier in Rio sah und

noch gewissermaßen das Gnadenbrot aß, denn nun die Verhandlungen so gut wie zum Abschluß gekommen, hatte er nichts zu tun.

Er setzte sich nieder und schrieb an den Fazendero — er bot ihm an, seine Entlassung zu nehmen. Umgehend kam der Brief zurück:

„Ich habe meiner Tochter versprochen, daß Sie noch ein volles Jahr in meinen Diensten bleiben und Sie hat es nun um uns beide verdient, daß wir unser Wort halten. Ich erlaube Ihnen sechs Wochen Urlaub, vielleicht sehen Sie sich ein wenig im Lande um und studieren die Schokoladenfabrikation. Nach Ablauf dieser Zeit erwarte ich Sie in Rio zurück und werde Ihnen damit weitere Dispositionen geben. Natürlich habe ich die Kosten Ihresurlaubes zu tragen und überweise Ihnen einen entsprechenden Betrag.“

Der Brief hätte ihn freuen sollen und doch empfand er ihn als eine Kette. Und wenn das Jahr verging und Juanita ihn noch immer liebte? Aber er wollte zum wenigsten die Frist nutzen, und sprach mit Herr Rigueira.

„Aber mein Lieber, da kann ich Ihnen helfen. Gerade heute erwarte ich einen Freund. Ein Fazendero aus dem Gebiet Matto Grosso, der in Rio die größte Schokoladenfabrik besitzt. Das heißt, er hat kürzlich geerbt und sie erworben. Ich werde Sie bekannt machen, wenn Sie uns diesen Abend die Ehre geben wollen.“

Natürlich folgte Gerhard mit Freuden der Einladung und fand einen Herrn, der ihm schon im ersten Augenblick sympathisch erschien. Klein, schlank, elegant und von besten Umgangsformen, fast ein wenig zart gebaut für einen Fazendero, aber das schönste waren seine großen, braunen Augen, die etwas unendlich Weiches besaßen und ihn erinnerten — er konnte dabei nicht sagen, an was — nicht an Juanitas Augen mit ihrem lodernen Feuer — aber an die Augen des Mädchens, das er nur einen Augenblick sah — das heißt nur diese Augen, denn das Gesicht der Schwester Do Estebans war ja nicht verwechselt worden.

Auch Do Hieronimo trat ihm herzlich gegenüber.

„Ich bin erfreut, Don Bubero, denn ich habe in Deutschland ein herrliches Jahr verbracht und es wird mich freuen, Sie durch meine Fabrik zu führen, und hören Sie, ich könnte auch etwas mit Ihnen besprechen. Ich habe von Ihren Plänen gehört und von der tauschweisen Verwertung der Kaka-

Der gute Ton in Russland. Die Sowjetpresse be-
merkt fast Tag für Tag, daß im russischen Prole-
tariat und besonders bei der russischen Jugend ein „neuer
Ton“ Platz greifen müsse. Trotz hat eine Broschüre ver-
faßt, die diesen Fragen gewidmet ist. Moskauer Blätter
schreiben, daß zurzeit kaum eine andere Frage die Auf-
merksamkeit der heranwachsenden Generation so fesselt,
wie eben die der gesellschaftlichen Formung des zur Macht
gelangten Proletariats. Angefangen von der Pflege des
Umgangstones, Bekämpfung des vielfach üblichen groben
Schimpfens, des übermäßigen und überflüssigen Rauchens,
des Trinkens und des „kleinbürgerlichen Flirtens“ bis zu
den Fragen der Ehe, der Begräbnisgebräuche und ver-
gleichen, wird alles unter den Gesichtspunkt der „neuen
proletarischen Ethik“ gestellt. Zahlreiche Briefe proletari-
scher Leser an die Zeitungen beweisen das Interesse an
dieser Frage.

Kleine Nachrichten.

Der organisierte Geldraub im besetzten Gebiet.

Berlin, 22. September. Am 18. d. M. sind bei der
Reichsbankniederlassung in Neuß 12 Milliarden Mark fortge-
nommen worden. Bei der Reichsbankniederlassung in Gladbach ent-
wendeten die Belgier am 19. d. M. etwa 78 Milliarden Mark.
Mit dem Bargeld wurde ein Teil der in Rheindt angekauften
Wechsel von den Belgiern mitgenommen. Aus Dort-
mund wird gemeldet, daß die Franzosen in der Druckerei von
Crüwell in Dortmund am 20. d. M. wiederum 2 Milliarden
Mark fertige Reichsbanknoten fortnahmen. In der letzten
Woche wurden durch die Besatzungsbehörde bei der Stadt-
verwaltung in Bonn einmal 160 und ein zweites Mal 80
Milliarden weggenommen.

Keine Höchstpreise für Stickstoffdünger mehr.

Berlin, 22. September. Mit Wirkung von Montag,
dem 24. September 1923, werden die Höchstpreise für Stick-
stoffdüngemittel aufgehoben. An ihre Stelle treten fol-
gende, zwischen den berufenen Vertretern der Landwirt-
schaft und des Stickstoffindustrials vereinbarte, von der
Reichsregierung genehmigte Höchstpreise: Für das Kilo
Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak 1,05 Goldmark,
für das Kilo Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak (ge-
darrt und gemahlen) 1,07 Goldmark, für das Kilo Stick-
stoff im Natriumsulfat 1,17 Goldmark, für das Kilo Stick-
stoff im Kaliumstickstoff 1 Goldmark. Das Stickstoffindus-
trial gewährt ein Zahlungsziel von einer Woche und nimmt
Goldanleihe in Zahlung, und zwar innerhalb dieser Frist
zum Nennwert. Bei Zahlung in Papiermark erfolgt Um-
rechnung zum Dollarkurs des Wertungstages, jedoch
mit der Maßgabe, daß bei Zielüberschreitung mindestens
der Kurs am Tage der Fälligkeit zugrunde gelegt wird.

Polnische Pflichtvergessenheit.

Kattowitz, 22. September. In einer in der deutschen
Presse polnisch-Oberschlesiens veröffentlichten Erklärung
des Deutschen Volksbundes für polnisch-Oberschlesien wird
daran erinnert, daß durch das Genfer Abkommen Polen
verpflichtet sei, bis zum 1. September Volksschulen wie auch
Gymnasien und Lyzeen für die deutsche Minderheit einzurichten.
Bisher sei aber, heißt es in der Erklärung, im
polnischen Teile Oberschlesiens nicht eine einzige Volks-
schule im Sinne des Genfer Abkommens eingerichtet wor-
den, obwohl entsprechende Anträge fristgemäß eingereicht
wurden, nicht einmal diese Anträge seien von der obersten
Schulbehörde geprüft worden, ebensowenig gebe es heute

stünzeln Monate nach Übergang der Staatshoheit an
Polen in polnisch-Oberschlesien eine einzige höhere Schule
für die Minderheit.

Keine deutsch-französischen Besprechungen.

Paris, 22. September. Der Berliner Berichterstatter
des „Petit Journal“ meldet — und es scheint, als ob er
von der französischen Botschaft in Berlin informiert sei —
alle Behauptungen, daß die deutsch-französischen Be-
sprechungen fortbauerten, seien unbegründet. Der Korrespon-
dent erklärt, versichern zu können, daß die Vertreter Frank-
reichs den offiziellen Auftrag erhielten, keinerlei Be-
sprechungen mit dem Reichskanzler zu führen und auch
keinerlei Dokumente entgegenzunehmen, solange der passive
Widerstand andauere und die Regierung nicht alle Ver-
ordnungen zur Durchführung dieses Widerstandes zurück-
gezogen habe.

Amerikanische Schadenersatzansprüche.

London, 22. September. Die Schadenersatzansprüche der
amerikanischen Bürger an die deutsche Regierung wegen der
im Laufe des Krieges erlittenen Verluste belaufen sich auf
1½ Milliarden Dollar. — Der offizielle Vertreter der ameri-
kanischen Privatleute, der soeben aus Deutschland zurück-
gekehrt ist, erklärte einem Vertreter der Reutersagentur, daß
die Amerikaner mit einer restlosen Bewilligung ihrer Forde-
rungen in 18 Monaten rechnen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Die neuen Löhne im Kohlenbergbau.)
Die Löhne für den Kohlenbergbau in der Lohnwoche vom 17.
bis 24. September sind durch Schiedsspruch eines vom Reichs-
arbeitsministerium eingeleiteten Schlichtungsausschusses festge-
setzt worden. Danach beträgt der Durchschnittslohn ein-
schließlich des Hausstands- und Kindergeldes für den Ruhr-
bergbau 160 Millionen Mark, für den ober-schlesischen Stein-
kohlenbergbau 120 Millionen Mark, für den sächsischen Stein-
kohlenbergbau 112 Millionen Mark und für die Kernreviere des
mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues 108 Millionen Mark je
Schicht.

Berlin. (Redakteurgehälter in Groß-Berlin.)
Die Berliner Tarifkommissionen der Verleger und der Redak-
teure einigten sich für die Zeit vom 15. bis 22. September auf
eine weitere Zahlung an die Redakteure von 761 600 000 Mark
in der Zeitungs- und Zeitschriften-Industrie.

Berlin. (Buchdruckerlöhne in der vierten
Septemberrunde.) Das Zentral-Schlichtungsausschuss der deut-
schen Buchdrucker hat am 21. September für die Woche vom
22. bis 28. September einen Schiedsspruch gefällt, der einen
Spitzenlohn von 880 Millionen Mark für die Gehilfen vorsieht.
Der Spruch wurde von beiden Parteien angenommen. Die
Schlichtungssatz für das deutsche Buchdruckgewerbe beträgt
am 22. September 1 600 000.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. Spannende Vorkämpfe. Im Berliner Sportpalast fan-
den Vorkämpfe statt, denen man seit langem mit großer
Spannung entgegengesehen hatte. Der Berliner Erich
Kocher verlor die deutsche Fliegengewichtsschweren Schach-
an den Hannoveraner Friedrich Schmidt. Kocher mußte
in der 18. Runde aufgeben. Walter Junke erzielte gegen
den Leichtgewichtsschweren Richard Naujoks ein Unent-
schieden. Im Hauptkampf des Abends standen sich der
Deutschamerikaner Samson-Körner und der Italiener Giu-
seppe Spalla gegenüber. Samson-Körner war sehr
überlegen und zwang seinen Gegner nach der fünften
Runde zum Aufgeben.

Wett und Wissen.

w. Ein biluvaler Fund in den Ostalpen. Während aus den
Westalpen bereits eine Anzahl Niederlassungen des biluvalen
Menschen (d. h. des Menschen aus der Eiszeit und älteren
Steinzeit) bekannt sind, hat sich in den Ostalpen bisher nur in
einer Höhle bei Murnau in der Steiermark seine Anwesenheit
nachweisen lassen. Nunmehr ist es im Sommer dieses Jahres
dem Direktor des Naturhistorischen Staatsmuseums in Wien,
Dr. Josef Bayer, gelungen, im Bereich des im südlichsten Teile
Osterrichts gelegenen Totengebirges Spuren des biluvalen
Menschen in Form von Steinwerkzeugen nachzuweisen, die die
charakteristische Bearbeitungsart der älteren Steinzeit zeigen.
Der Fund Dr. Bayers ist aus mehreren Gründen für die Ur-
geschichtsforschung von großer Bedeutung, am meisten deswegen,
weil der Fundort etwa 1100 Meter hoch im ehemaligen Ver-
eisungsgebiet liegt. Ein Mensch kann hoch in den Alpen nur
unter einem günstigen Klima, das einen reichen Wildstand er-
möglichte, gelebt haben. Der Fund muß daher in eine Zeit-
periode zurückreichen, aus der man in Österreich noch keine
menschlichen Spuren besitzt. Es handelt sich hier jedenfalls um
den ältesten, bisher aus dem Norden Österreichs gemachten
menschlichen Fund.

Börse und Handel.

* Kein amtlicher Dollarkurs am 22. September in Berlin.
Wegen des Börsenruhetages wurde am Sonnabend, 22. Sep-
tember, an der Berliner Börse keine amtliche Kursnotierung im
Berlin ausgeben. Im Freiverkehr wurde der Dollar anfangs
bis zu 195 Millionen gestiegen. Später schwächte er sich bis auf
160 Millionen ab.

* Produktienmarkt. Berlin, 22. September. Amtlich fest-
gesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin pro 50 Kilo-
gramm ab Station (in Tausenden Mark): Weizen, märkischer
260 000—275 000, schlesischer 275 000. Fein, Roggen, märkischer
230 000. Fein, Gerste, Sommergerste 260 000—275 000. Fein,
Hafer, märkischer 220 000—225 000. Fein, Weizenmehl pro 100
Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über
Notiz) 900 000—975 000. Fein, Roggenmehl pro 100 Kilogramm
frei Berlin brutto inkl. Sad 700 000—775 000. Fein, Weizen-
kleie frei Berlin 140 000—150 000. Rohig, Roggenkleie frei
Berlin 140 000—150 000. Rohig, Raps 350 000. Rohig, Vi-
toria-Erbsen 550 000—650 000. Kleine Speiserbsen 450 000 bis
550 000. Rapskörner 170 000—190 000, Trockenschrot 110 000
bis 120 000, Formelasse 30-70 90 000—100 000, Kartoffelflocken
220 000—230 000.

* Rohstoffe. Bericht der Preisnotierungskommission
für Rohstoffe (nichtamtlich). Großhandelspreise pro 50 Kilo-
gramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Tau-
senden Mark): drabtegr. Roggen- und Weizenstroh 15 000 bis
17 000, desgl. Haferstroh 14 000—15 000, desgl. Gerstenstroh
13 000—14 000. Roggenlangstroh 11 000—13 000, bindfadengr.
Roggen- und Weizenstroh 9 000—11 000, Häcksel 27 000—31 000,
handelsübliches Heu 15 000—16 000, gutes Heu 16 000—20 000.

* Kohlen in Berlin illiger. Die Kohlenpreise sollen jetzt be-
kanntlich in jeder Woche nach Dollarkurs festgesetzt werden. Nach
dem amtlichen Dollarkurs vom Freitag stiegen sich die Kleinver-
kaufspreise in Berlin für Briffetts und Koks ab 22.9. wie folgt:
Küchen- und Ofenbrand-Briffetts je Zentner ab Lager 36 410 000
Mark, frei Kessel 40 490 000 Mark; Gaskoks ab Lager 90 990 000
Mark, frei Kessel 98 810 000 Mark; Gaskoks ab Lager 90 990 000
Mark, frei Kessel 98 810 000 Mark. Vorher kosteten ein Zentner Briffetts
64 100 000, ein Zentner Gaskoks 160 160 000 Mark.

Berlin, 24. Sept. An der heutigen Börse
notierte der Dollar 147 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Die unterzeichneten freien Berufe sehen sich durch
die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, ihre
Leistungen in

Goldmark

zu berechnen. Dabei wird wie bisher auf die
wirtschaftlich Schwachen Rücksicht genommen. Eine
Goldmark gleich 1/4 Dollar bei sofortiger Zahlung
nach dem amtlichen Berliner Briefkurs des Vortages.

Verein der Aerzte in den Kreisen
Altena und Lüdenscheid.

Fachärzteverband von Westfalen-Süd,
(umfassend die Bezirke
Arnsberg, Iserlohn, Hagen, Lüdenscheid,
Siegen, Schwelm-Gevelsberg),

Zahnärztlicher Standesverein Hagen,
Ortsgruppe Lüdenscheid,

Die Tierärzte des Volme- u. Lennegebietes.

Der Anwaltsverein Lüdenscheid.

in Prozeß- u. Notariatssachen wird letzterer wie bisher liquidieren.

Amte Lüdenscheid.

Die vorläufigen Gemeindesteuern der Ge-
meinde Lüdenscheid sind für das 1. Vierteljahr
des Rechnungsjahres 1923 auf das 6 fache und
für das 2. Vierteljahr auf das 1500 fache des
Vorjahressteuerbetrages festgesetzt. Die nach den
Beschlüssen der Gemeindevertretung vom 20. 6. 23.
und 28. 7. 23. erhobenen Vorauszahlungen (41
fache) werden hierauf angerechnet.

Die noch zu zahlenden Steuerbeträge sind
bis zum 27. ds. Mts. bei der Amts- und Ge-
meindekassenverwaltung (Amtshaus Zimmer 11)
zu entrichten. Die im Juni und Juli 1923 zu-
gestellten Gemeindesteuerzettel sind bei der Zahlung
vorzulegen. Besondere Steuerzettel werden nicht
ausgegeben; auch finden keine örtlichen Hebe-
termine statt. Nach dem 27. ds. Mts. sind neben
den Rückständen die erheblichen Zuschläge zu
zahlen.

Lüdenscheid, den 20. September 1923.
Der Amtmann.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
= **Nadelholzbestände** =
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene
Holzbestände zu kaufen

Nörtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
1173 Fernruf 1897 und 3965

Automobil-

Lackierungen

Polsterungen, Karosserie,
Reparaturen und
Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
Goldene u. silberne Medaillen.
Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
— Feinste Referenzen der ersten Herrschaften. —

Dringlichkeits-Sitzung

der Gemeindevertretung Schalksmühle
am Mittwoch, den 26. d. Mts. 4 1/2 Uhr im
Raffeehaufe Schulz
Halver, 24. Sept. 23. Der Amtmann.

Der Backlohn für Selbstversorger

beträgt vom 20. ds. Mts. ab
Für ein 7 Pfd. Schwarzbrot 7 1/2 Pfd. Roggenmehl,
7 Pfd. Kriessbrot 10 Pfd. Mehl,
3 1/2 Pfd. Semmel 5 Pfd. Mehl.

Infolge geringer Mehl- und Kohlen-
zufuhr findet eine Belieferung in den nächsten
Wochen nicht mehr statt.

Zwangsinnung für das Bäcker- und Kon-
ditoren-Handwerk im Amt Halver.

Jahresfest des Evang. Männer- u.

Jünglingsvereins Halver
am Sonntag, den 30. Sept., nachm. 3 Uhr beginnend.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Sämtliche

Drucksachen

für Industrie, Handel,
Vereine und Private

in modernster Ausführung
:- liefert schnell und billig :-

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Buch- und Kunstdruckerei.
Verlag des „Allgemeinen An-
zeigers“ u. „Schalksmühler
:- General-Anzeigers“. :-



Ein
Seifenpulver
wie es sein soll
preiswert
und gut!



Niederlage bei:
W. Bell jr., Halver.
Gust. Schröder,
Schalksmühle.

Fenerzeuge

empfiehlt
Wilh. Bell jr.